

Zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)

Seit Juli 2013 werden die Vertragsbedingungen dieses Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union hinter verschlossenen Türen ausgehandelt; die Öffentlichkeit ist nicht in diesen Prozess eingebunden, der als intransparent bezeichnet werden muss. Dominiert wird dieser Verhandlungsprozess von den mächtigsten 600 Industrieverbänden und Konzernen der westlichen Welt; Kritiker sprechen von einem „Staatsstreich in Zeitlupe“.

Dieses Abkommen soll das umfassendste bilaterale Handels- und Investitionsabkommen werden, das es auf der Welt je gegeben hat. Die Ziele sind laut Verhandlungspartner der Abbau von tarifären und nicht tarifären Handelshemmnissen, die Absenkung fast aller bestehende Einfuhrzölle auf null, die Angleichung, wechselseitige Anerkennung von Regeln und Gesetzen und die Gewinnung neuer Absatzmärkte, die dem Handel im Wege stehen könnten.

Betroffen von dieser Vereinbarung werden alle Lebensbereiche der Menschen in diesem größten Freihandelsmarkt der Welt sein; in diesem Handelsraum wird 46% der weltweiten Wirtschaftsleistung (jeweilige Bruttoinlandsprodukte) erzielt. Kritiker sprechen von einer „Wirtschafts-NATO“, die der restlichen Welt mit ihrer Dominanz ihre am Kapital orientierten Werte aufbürdet. Dieser markt-radikale Angriff wird auch die aufstrebenden Länder (China und Indien) treffen.

Auf dem Altar des Kapitals werden die Werte der Demokratie und der Menschenrechte geopfert:

- Die Demokratie wird eliminiert, in dem hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, die Konzerne, Banken und Wirtschaftsakteure geben die Richtung vor. Selbst die EU – Parlamentarier haben keinen Einblick in die konkreten ausgehandelten Vertragsbedingungen.
- Stadt- und Gemeinderäte dürfen sich nach einem Gutachten des Deutschen Bundestages nicht mit dem geplanten TTIP beschäftigen, weil die Gemeinden sich nur dann mit bestimmten Sachgebieten beschäftigen könnten, wenn dies einen „spezifisch örtlichen Bezug aufweise.“ Eine skandalöses Gutachten, das eine potentielle Handhabe bietet, Debatten in den kommunalen Gremien zu verbieten, obgleich die Kommunen gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge des geplanten Abkommens betroffen sein werden.
- Schiedsgerichte nicht staatlicher Art werden zukünftig entscheiden, ob der Investitionsschutz gewahrt wurde. Die Entscheidungen dieser Schiedsgerichte können durch staatliche Gerichte nicht überprüft werden. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass ein Mitgliedsland zu einer hohen Entschädigungssumme verurteilt wird. So klagt der Energiekonzern Vattenfall auf eine Summe von 3,5 € Milliarden Entschädigung, weil - so der Konzern – durch den Beschluss der Bundesregierung - des vorzeitigen Ausstieg aus der Atomindustrie – ihm ein riesiger Schaden entstanden sei. In diesem augenblicklichen Rechtsstreit hat der deutsche Staat schon allein 11 Millionen € für die juristischen Beistände gezahlt. Erinnerung werden kann in diesem Zusammenhang daran, dass mit solchen Klagen und Urteilen privater Schiedsgerichte südamerikanische und mittelamerikanische Staaten (Ecuador und Peru) an den Rand der Liquidität geraten sind.
- Wenn dieses Freihandelsabkommen einmal von den Mitgliedsländern unterzeichnet worden ist, so ist ein Ausstieg eines Landes nicht mehr möglich, also ein Abkommen, das auf Jahre den globalen und regionalen Markt dominiert. Einzelne Bestimmungen können nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.
- Die gewählten Organe der demokratischen Staaten in den USA und Europa werden mit diesem Freihandelsabkommen entmachtet; die Handelsregeln von Konzernen diktiert.
- Sozialstandards werden weiter eliminiert, z. B. könnten Gewerkschaften als Handelshemmnisse verboten und Arbeitnehmerrechte auf ein niedriges Niveau heruntergefahren werden. Der arbeitsfreie Sonntag kann ebenfalls auf dem Markt des Kapitals verboten werden, weil er den freien Handel behindert. u. v. a. m.

- Die Harmonisierung von Standards, etwa im Bereich von Umwelt- und Gesundheitsstandards orientiert sich an der jeweils niedrigsten und wirtschaftlich freundlichsten Standards aller Einzelstaaten.
- Die ökologische Agrarwende in unserem Land wird mit dem Freihandelsabkommen beendet. Während in Europa eine Kennzeichnungspflicht gegenüber Gen veränderten Lebensmittel besteht und weitläufig verboten ist, verhält sich dies in den USA völlig anders: Dort gibt es keine Kennzeichnungspflicht. Der Konzern Monsanto kritisiert diese Regelung schon lange und will eine Deckelung dieser Regelung, d. h. ihre Abschaffung.
- Die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung ist gefährdet, wenn private Bildungsanbieter gegen diese Förderung klagen, weil sie den „freien Markt der Kräfte“ behindert.
- Verhandelt wird gerade über eine Deregulierung der Finanzmärkte, obwohl sie gerade hauptverantwortlich für die Finanzkrise war. Auch hier gilt: Auf „die unsichtbare Hand“ zu vertrauen (Adam Smith), sie wird es schon richten!
- Auch Industriestandards sind in der Verhandlungsmasse des Freihandelsabkommens. Dabei geht es um die Standards für Industrie, Handel, Gewerbe und Finanzdienstleistungen, vor allem um die wirtschaftliche Macht. Hier ist zu befürchten, dass die USA wie bei ähnlichen Abkommen – in denen nie Eingriffe in ihre nationale Souveränität, Kultur- und Spezialinteressen zugelassen wurden - auch hier ihre Privilegien durchsetzen werden.
- Schließlich steht die Daseinsvorsorge in dieser mächtigen Freihandelszone zur Disposition: Die vollständige Privatisierung der öffentlichen Versorgung von Wasser, Energie, Gesundheit, Krankheit, Renten, Sozialversicherung u. a. m.
- Eine Wirtschaft, die ungeachtet aller sozialer, ökologischer und humanitärer Konsequenzen auf ein unbegrenztes Wachstum setzt - dies beinhaltet das Freihandelsabkommen - „tötet“ (Papst Franziskus), hat keine Zukunft und beschleunigt den Weg in die Katastrophe des gesamten Globus.

Ein solches Abkommen, das demokratische Prinzipien abbaut, den freien Markt als das alles bestimmende Lebensprinzip definiert, das Kapital als oberste Prinzip, als oberste Gottheit erklärt, kann von pax christi nur ein klares, eindeutiges **Nein** erhalten.

Wir wissen uns mit dem Gott des Lebens verbunden, der die Schreie im Sklavenhaus Ägypten gehört hat, sein Volk aus der Knechtschaft befreit und in die Freiheit geführt hat. Sein Sohn Jesus Christus hat uns geboten, an seinem Reich mitzuarbeiten, in dem jeder Mensch das Recht auf die ganze Fülle des Lebens hat.

Wir wissen uns mit den Inhalten des Rundbriefes EVANGELII GAUDIUM unseres Papstes Franziskus solidarisch, der sich mit seinen vier kategorischen Aussagen:

- Dem Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung,
- Dem Nein zur neuen Vergötterung des Geldes,
- Dem NEIN Zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen
- und zu einem Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt

kritisch mit den globalen und regionalen Implikationen auseinander gesetzt hat.

Vorstandsbeschluss pax christi im Bistum Trier vom 15.04.2015